

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Freitag, dem 26.11.2010, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (Raum C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:00 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergartenbeitragsatzung)	<b>182/2010</b> 5
2.	Jahresabschluss 2009; hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2009	<b>175/2010</b> 6
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2010	<b>174/2010</b> 7
4.	Ausscheiden des LWL aus der WLE GmbH	<b>161/2010</b> 8
5.	Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE)	<b>160/2010</b> 10
6.	Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft (WVG)	<b>167/2010</b> 11
7.	Bericht über die Möglichkeiten einer Zinssicherung bei auslaufenden Darlehen	<b>179/2010</b> 12
8.	Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaushalts	<b>056/2010</b> 13
9.	Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf	<b>171/2010</b> 16

- |     |  |                 |    |
|-----|--|-----------------|----|
| 10. | Änderung der Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen des Kreises Warendorf  | <b>180/2010</b> | 17 |
| 11. | Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist | <b>177/2010</b> | 18 |
| 12. | Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen  | <b>178/2010</b> | 23 |
| 13. | Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungsdienst"   | <b>172/2010</b> | 24 |
| 14. | Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2009  | <b>176/2010</b> | 25 |
| .   | <b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>   |                 |    |
| 1.  | Bericht zum Jahresabschluss 2009 der gfw   | <b>173/2010</b> |    |

## Anlagen

Anlage            Bericht zur Haushaltssituation

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	
Buschkamp, Franz-Josef	
Gutsche, Guido	
Kleibolde, Bernhard	
Kreft, Peter	
Möllmann, Rolf	
Oertker, Herbert	
Pries, Wilhelm	
Schulte, Stephan	
Stakenkötter, Catrin	
Tärner, Hedwig	
Thiel, Joachim	
Wieland, Burkhard	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Arnkens-Homann, Dagmar	Vertretung für Herrn Norbert Bing
Hild, Karl-Wilhelm	Vertretung für Herrn Winfried Kaup
Steiner, Hans-Rüdiger	Vertretung für Herrn Heinrich Budde
<b>von der Verwaltung</b>	
Boeckmann, Inge	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Hansen, Peter Dr.	
Prinz, Rudolf	
<b>Gäste</b>	
Michalczak-Hülsmann, Petra	
Nienhaus, Manfred	

Frau Bürsmeier-Nauert eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 12.11.2010 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung lässt Frau Bürsmeier-Nauert über die Aufnahme der Vorlage 182/2010 "Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergartenbeitragssatzung)" auf die Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Dieser Punkt wird als TOP 1 beraten. Außerdem werden die bisherigen Tagesordnungspunkte 12, 13 und 14 vorgezogen und als TOP 4 bis 6 beraten.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergartenbeitragsatzung)</b>	<b>182/2010</b>
-----------	---	-----------------

Herr Oertker erinnert daran, dass die FWG-Kreistagsfraktion bereits im September des Jahres die Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder bei einem maßgeblichen Jahreseinkommen von nicht mehr als 37.000 € beantragt hat.

Frau Arnkens-Homann weist auf die geänderte Sachlage hin. Da das Land einen Nachtragshaushalt plane und das Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW nun vorliege, habe sich die finanzielle Situation verändert. Grundsätzlich sollten alle Geschwisterkinder beitragsfrei sein.

Herr Hild erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen kann. Allerdings sei damit eine finanzielle Verschlechterung für den Kreis Warendorf verbunden, da sich das Urteil des Verfassungsgerichtshofes nur auf die Finanzierung der Investitionskosten auswirke.

Frau Tarner begrüßt den neuen Beschlussvorschlag nachdrücklich.

Frau Stakenkötter bedauert, dass der weitergehende Antrag der FDP-Kreistagsfraktion keinen Erfolg zeige. Sie begrüßt aber den Beschlussvorschlag als einen Schritt in die richtige Richtung.

Herr Dr. Funke weist auf einen Erlass der Bezirksregierung Münster vom 18.11.2010 an die Münsterlandkreise hin. Danach verstoße ein "völliger Verzicht auf die Erhebung von Elternbeiträgen ... für sog. Geschwisterkinder" gegen die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung gemäß § 77 Abs. 2 GO NRW. Es bestehe daher die Möglichkeit, dass eine Satzungsregelung zur umfangreichen Beitragsfreiheit von Geschwisterkindern von der Bezirksregierung bemängelt würde.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergartenbeitragsatzung) wird beschlossen. Die Satzung wird mit Wirkung vom 01.08.2011 in Kraft treten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

2.	<b>Jahresabschluss 2009; hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2009</b>	<b>175/2010</b>
----	--	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert den Beschlussvorschlag. Da die Ausgleichsrücklage des Kreises erstmalig mit der Feststellung des Jahresabschlusses 2010 in Anspruch genommen werden kann, kann der Jahresüberschuss 2009 – wie in den Vorjahren – nur der Kapitalrücklage zugeführt werden.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2009, der im Jahresabschluss 2009 mit 1.856.161,45 € ausgewiesen ist, wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**3. Bericht zur Haushaltssituation 2010****174/2010**

Herr Dr. Funke präsentiert die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Finanzstatusbericht (s. auch Anlage 1). Nach den aktuellen Prognosen ist für das Haushaltsjahr 2010 mit einer weiteren Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen zu rechnen. Das Ergebnis wird dabei bestimmt durch

- Minderaufwendungen bei der Landschaftsumlage (1,4 Mio. €),
- Minderaufwendungen bei den Leistungen nach dem SGB II (per Saldo 1,0 Mio. €),
- Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen (0,9 Mio. €),
- Minderaufwand Verlustabdeckung RVM (0,5 Mio. €) sowie
- Minderaufwendungen im Personalbudget (0,9 Mio. €).

Während die Haushaltssatzung 2010 eine Verringerung der Ausgleichsrücklage i.H.v. 6,7 Mio. € vorsieht, geht der Kreiskämmerer nunmehr nur noch von einer Entnahme von 2,5 Mio. € aus. Unter Berücksichtigung von Ermächtigungsübertragungen für die Sanierung des Berufskollegs in Beckum i.H.v. rd. 0,8 Mio. €, die das Haushaltsjahr 2011 belasten, könnten insgesamt 3,4 Mio. € an Mitteln aus der Ausgleichsrücklage für den Haushaltsausgleich 2011 eingesetzt werden. Das sind rund 1 Mio. € mehr als bisher im Haushaltsplanentwurf 2011 vorgesehen.

Herr Kreft begrüßt die mögliche weitergehende Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Damit werde ein gemeindefreundlicher Haushalt möglich.

Herr Hild spricht sich ebenfalls für die Entlastung der Städte und Gemeinden aus.

Frau Stakenkötter freut sich über die unverhoffte Verbesserung der Haushaltssituation.

Herr Oertker hebt die externen Einflussfaktoren, die zur Ergebnisverbesserung beigetragen haben, hervor.

Herr Dr. Funke betont, dass die eingetretenen Haushaltsverbesserungen ganz überwiegend unerwartet eingetreten seien. Ein Gestaltungsspielraum bestehe nicht.

Herr Schulte spricht eine Pressemitteilung des Kreises vom 24.11.2010 zur weiteren Entlastung bei der Kreisumlage an. Er macht deutlich, dass die Entscheidung über die Kreisumlage allein beim Kreistag liege.

Herr Dr. Funke erläutert, dass die weitere Absenkung der Kreisumlage nur einen Verwaltungsvorschlag darstellt, der dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werde.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**4. Ausscheiden des LWL aus der WLE GmbH****161/2010**

Herr Gnerlich weist auf die Komplexität des Sachverhalts hin und erläutert die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags. Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung hat bereits eine einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben.

Frau Stakenkötter lehnt die mit der Übertragung von Anteilen der WLW an der WLE auf den Kreis Warendorf verbundene Übernahme von Lasten und Risiken ab.

Frau Tarner spricht die mögliche Reaktivierung der WLE-Strecke von Münster bis Sendenhorst für den Personenverkehr an. Es bestünden politische Mehrheiten für dieses Projekt.

Herr Hild betont, dass vor der Reaktivierung der Strecke zunächst Planungen des Landes NRW erfolgen müssen. Wenn diese Planungen abgeschlossen sind, könnten die weiteren Details, wie z.B. die Frage der Kostenteilung mit der Stadt Münster, geregelt werden.

Frau Arnkens-Homann meint, dass aufgrund der Pendler aus dem Kreis Warendorf, die nach Münster pendeln, die Reaktivierung der Strecke auch im besonderen Interesse des Kreises liegt.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

**1. Veräußerung der WLE-Geschäftsanteile der WLW**

Der Teilung des von der WLW GmbH gehaltenen Geschäftsanteils an der WLE GmbH im Nennbetrag von 1.302.260 EUR in drei Teilgeschäftsanteile im Nennbetrag von 434.090 EUR, 434.090 EUR und 434.080 EUR wird zugestimmt.

Der Übertragung der Geschäftsanteile der WLW an der WLE auf die Kreise Soest und Warendorf sowie die Stadt Münster wird zugestimmt, wonach

- der Kreis Soest den Teilgeschäftsanteil  
im Nennbetrag von 434.090 EUR
- der Kreis Warendorf den Teilgeschäftsanteil  
im Nennbetrag von 434.090 EUR
- und die Stadt Münster den Teilgeschäftsanteil  
im Nennbetrag von 434.080 EUR  
1.302.260 EUR

erwirbt.

## **2. Übertragung von Geschäftsanteilen der RVM an der WVG auf die WLE**

Der Teilung des von der RVM gehaltenen Geschäftsanteils an der WVG im Nennbetrag von insgesamt 1.265.430 EUR in zwei Teilgeschäftsanteile im Nennbetrag von 1.044.430 EUR und 221.000 EUR wird zugestimmt.

Der Übertragung der Geschäftsanteile der RVM an der WVG auf die WLE wird zugestimmt, wonach die WLE den Teilgeschäftsanteil im Nennbetrag von 221.000 EUR erwirbt.

## **3. Übertragung von WLE-Geschäftsanteilen von Kommunen**

Dem Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile

- der Gemeinde Anröchte und
- der Stadt Erwitte

durch den Kreis Soest wird zugestimmt.

Der Teilung des Geschäftsanteils der Gemeinde Wadersloh an der WLE im Nennbetrag von 83.240 EUR in drei Teilgeschäftsanteile im Nennbetrag von 67.600 EUR, 7.820 EUR und 7.820 EUR wird zugestimmt.

Dem Erwerb von Geschäftsanteilen der Gemeinde Wadersloh durch die Städte Beckum und Ennigerloh wird zugestimmt, wonach

- die Stadt Beckum einen Teilgeschäftsanteil im Nennbetrag von 7.820 EUR und
- die Stadt Ennigerloh einen Teilgeschäftsanteil im Nennbetrag von 7.820 EUR erwirbt.

## **4. Beendigung der WLE-Verlustabdeckungsvereinbarung vom 26.06.1984 und Abschluss einer neuen Verlustabdeckungsvereinbarung**

Der Beendigung der Verlustabdeckungsvereinbarung vom 26.06.1984 und dem Abschluss einer neuen Verlustabdeckungsvereinbarung entsprechend dem beigefügten Entwurf wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen

<b>5.</b>	<b>Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE)</b>	<b>160/2010</b>
-----------	--	-----------------

Herr Gnerlich erklärt, dass der Abschluss eines neuen Gesellschaftsvertrages Konsequenz aus der Neuordnung der Gesellschafterstruktur sei.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Landes-Eisenbahn wird auf der Grundlage des beiliegenden Vertragsentwurfs zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen

6.	<b>Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft (WVG)</b>	<b>167/2010</b>
----	--	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsunternehmen wird auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage beiliegenden Vertragsentwurfs zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>7.</b>	<b>Bericht über die Möglichkeiten einer Zinssicherung bei auslaufenden Darlehen</b>	<b>179/2010</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke informiert über die Möglichkeiten einer Zinssicherung bei auslaufenden Darlehen. Angestrebt sei eine risikoarme Festschreibung des heutigen, sehr günstigen Zinsniveaus für eine Reihe von Darlehen, deren Zinsbindung in nächster Zeit ausläuft.

Herr Hild begrüßt das Vorhaben der Verwaltung.

Herr Wieland erkundigt sich nach der angestrebten Laufzeit für die Zinssicherungsgeschäfte.

Herr Dr. Funke strebt eine Absicherung bis zur abschließenden Tilgung der in Frage kommenden Kredite an. Auf Nachfrage von Herrn Oertker erklärt der Kämmerer, dass eine Ausschreibung in den nächsten Wochen erfolgen könne.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**8. Maßnahmen zur Konsolidierung des Kreishaushalts****056/2010**

Im Rahmen der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden folgende Anträge der Fraktionen beraten:

**1. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.11.2010:**

"Überprüfung des Haushaltes des Kreises Warendorf mit Hilfe und unter Federführung eines externen Beraters sowie Durchführung einer umfangreichen Aufgabenkritik."

**2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010:**

"Die Verhandlungen zur Nutzung des Kreisarchivs sollen mit dem Ziel geführt werden, die Anpassung der Gebühren auf 0,50 Euro festzuschreiben. Die Anpassung ist nach Möglichkeit ab 2012 anzustreben."

**3. Antrag der Kreistagsfraktion "Die Linke" vom 25.11.2010:**

"Der Punkt 35 der 'Konsolidierungsmaßnahmen in der Zuständigkeit des Kreistags' mit dem Titel 'Kürzung des Ansatzes für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen' wird abgelehnt."

**4. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.11.2010:**

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Konsolidierungsvorschläge aus der Lenkungsgruppe mit den Bürgermeistern zielgerichtet weiter zu begleiten und dem Kreistag im Sommer 2011 konkrete Ergebnisse zu präsentieren."

Herr Oertker begründet den Antrag zur Beauftragung eines externen Beraters. Er hält es für erforderlich, dass der Personalbedarf der Kreisverwaltung grundlegend und genau ermittelt wird. Beispiele anderer Verwaltungen zeigen nach Ansicht von Herrn Oertker, dass mit Hilfe externer Beratung größere Einsparvolumina realisiert werden können.

Herr Hild verweist auf die hohen Kosten, die mit der Beauftragung einer Beraterfirma einhergehen. Er resümiert, dass die Kreisverwaltung schlank und effizient aufgestellt sei. Es bestehe daher kein Bedarf für eine externe Beratung.

Herr Thiel vertritt die Meinung, dass sich die Beauftragung eines externen Beraters lohnen könne, da jede Verwaltung auch Schwächen habe. Dies zeigten bspw. die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes.

Frau Stakenkötter hält eine externe Beratung grundsätzlich für richtig. Allerdings werde die Kreisverwaltung zurzeit durch die GPA geprüft. Diese Prüfung solle zunächst abgewartet werden. Im Übrigen stehe auch die Politik in der Verantwortung, die Aufgaben der Verwaltung auf ein angemessenes Maß zurückzuführen.

Herr Oertker verweist darauf, dass die Prüfung durch die GPA auf den gesetzlichen Prüfauftrag beschränkt sei.

Herr Kreft betont, dass Personalabbau immer mit einer Aufgabenkritik einhergehen müsse.

Frau Arnkens-Homann ergänzt, dass bzgl. der Aufgabenkritik der Kreistag mit in der Verantwortung stehe. Außerdem weist sie auf die Arbeitsverdichtung hin, die durch die Stellenkürzungen in der Vergangenheit verursacht wurde. Des Weiteren gibt sie die Auswirkungen der demografischen Entwicklung zu bedenken. Sie sieht daher in der Beauftragung eines externen Beraters keinen ausreichenden Nutzen, um die hohen Beratungskosten zu rechtfertigen.

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.11.2010:

"Überprüfung des Haushaltes des Kreises Warendorf mit Hilfe und unter Federführung eines externen Beraters sowie Durchführung einer umfangreichen Aufgabenkritik."

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Herr Hild begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010. Die Dienstleistung des Kreisarchivs sei neu zu bewerten.

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010:

"Die Verhandlungen zur Nutzung des Kreisarchivs sollen mit dem Ziel geführt werden, die Anpassung der Gebühren auf 0,50 Euro festzuschreiben. Die Anpassung ist nach Möglichkeit ab 2012 anzustreben."

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Schulte begründet den Antrag der Kreistagsfraktion "Die Linke" vom 25.11.2010. Er sieht die Gefahr, dass eine Kürzung des Ansatzes für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen zu einem Substanzverlust und höheren Folgekosten führt.

Herr Hild weist darauf hin, dass die Gebäudesubstanz – nach Aussage der GPA - aktuell sehr gut sei. Außerdem seien über das Konjunkturpaket II Unterhaltungsmaßnahmen in Millionenhöhe eingeleitet worden. Aufgrund dieser Maßnahmen bestehe keine Gefahr für die Gebäudesubstanz.

Herr Dr. Funke bestätigt die Einschätzung von Herrn Hild. Er ergänzt, dass die Thematik auch im Bauausschuss diskutiert wurde. Die Kürzung des Ansatzes erscheine bei einer nur vorübergehenden Absenkung vertretbar.

Nach den Ausführungen des Kämmerers zieht Herr Schulte den Antrag zurück.

Antrag der Kreistagsfraktion "Die Linke" vom 25.11.2010:

"Der Punkt 35 der 'Konsolidierungsmaßnahmen in der Zuständigkeit des Kreistags' mit dem Titel 'Kürzung des Ansatzes für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen' wird abgelehnt."

**Der Antrag wurde zurückgenommen.**

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.11.2010:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Konsolidierungsvorschläge aus der Lenkungsgruppe mit den Bürgermeistern zielgerichtet weiter zu begleiten und dem Kreistag im Sommer 2011 konkrete Ergebnisse zu präsentieren."

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Der Finanzausschuss berät einzeln über die Konsolidierungsmaßnahmen in der Zuständigkeit des Ausschusses.

Lfd. Nr. 37 Reduzierung des Ansatzes für die Beschaffung von Meldern

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Dr. Hansen erklärt, dass die v.g. Maßnahme vertretbar sei.

Lfd. Nr. 38 Einstellung des Pressespiegels "Die Woche"

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Dr. Funke schlägt in diesem Zusammenhang vor, auf die Versendung des Amtsblattes an die Kreistagsmitglieder zu verzichten, zumal keine rechtliche Verpflichtung bestehe. Die Mitglieder des Finanzausschusses signalisieren ihre Zustimmung zu dem Vorschlag.

Lfd. Nr. 39 Online-Zuleitung der Niederschriften von Kreistags- und Ausschusssitzungen an die Kreistagsmitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Hild weist darauf hin, dass die Onlineverteilung der Niederschriften die Arbeit als Kreistagsmitglied erschwere.

Herr Oertker ergänzt, dass in einigen Regionen des Kreises noch keine schnellen Internetverbindungen verfügbar seien.

Frau Tarner macht zur Bedingung, dass eine Benachrichtigung per E-Mail erfolgt.

9.	<b>Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf</b>	<b>171/2010</b>
----	---	-----------------

Frau Boeckmann führt kurz in das Thema ein.

Frau Stakenkötter erkundigt sich nach den Kalkulationsverfahren zur Gebührenbemessung.

Frau Boeckmann erläutert, dass für jeden Gebührentarif einzelfallbezogene Kostenkalkulationen aufgestellt wurden.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die als Anlage 2 der Sitzungsvorlage beigefügte Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf vom 11.10.2007 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

10.	<b>Änderung der Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen des Kreises Warendorf</b>	<b>180/2010</b>
-----	--	-----------------

Frau Arnkens-Homann weist auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Differenzierung des Nutzungsentgeltes für das Schullandheim Mellau hin. Dieser Antrag sei leider im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport abgelehnt worden.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Entgeltordnung für die Nutzung von Einrichtungen des Kreises Warendorf wird mit den vorgeschlagenen erhöhten Entgelten (Anlage zur Sitzungsvorlage, grau unterlegte Werte) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>11.</b>	<b>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist</b>	<b>177/2010</b>
------------	---	-----------------

Frau Bürsmeier-Nauert ruft die Teile des Haushaltsplanes 2011 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Rahmen werden folgende Anträge beraten:

**1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010:**

"Der Kreis möge prüfen, ob die vorhandenen Dienstfahrzeuge im Sinne des Carsharings zur Verfügung gestellt werden können."

**2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2010:**

"Streichung der Kapitalerhöhung Flughafen Münster Osnabrück"

**3. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.11.2010:**

"Der Kreistag möge beschließen, den Zuschuss zur gfw im Jahr 2011 einmalig um 200.000 Euro zu senken"

**4. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2010:**

Der Antrag erhielt in der Sitzung folgende Fassung:

"Die FWG beantragt zur Beschlussfassung in den zuständigen Gremien, das Verfahren zur Realisierung aller Forderungen zielgerichtet, zeitnah und wirkungsvoll weiter zu entwickeln und detailliert incl. der aktuell vorhandenen Rückstände im ersten Halbjahr 2011 vorzustellen."

**5. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2010:**

"Der Beginn der Sitzungen des Kreistages und seiner Fachausschüsse wird auf 17.00 Uhr festgelegt."

**6. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010:**

"Die Verwaltung wird gebeten, dem Kreistag im Frühjahr des Jahres 2011 eine Personalbedarfsplanung 2011 – 2014 vorzulegen."

Auf die Zielsetzung bis zum Jahr 2014 einschließlich mindestens 10 weitere Vollzeitstellen im Stellenplan einzusparen, wurde in der Sitzung verzichtet.

**7. Gesamtantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2010, hier Nr. 2:**

"Der Kreishaushalt 2011 soll im Frühjahr 2011 nach Vorliegen aller haushaltsrelevanten Zahlen dahingehend überprüft werden, ob ein Nachtragshaushalt eingebracht und verabschiedet werden muss."

Frau Tarner begründet den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010. Sie verweist hierzu auf die guten Erfahrungen der Stadtverwaltung Warendorf.

**1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010:**

"Der Kreis möge prüfen, ob die vorhandenen Dienstfahrzeuge im Sinne des Carsharings zur Verfügung gestellt werden können."

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Frau Tarner macht zur Begründung des Antrages der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2010 deutlich, dass die Startbahnverlängerung nicht sinnvoll sei.

Frau Stakenkötter betont die Bedeutung des Flughafens Münster Osnabrück für Wirtschaft und Bürger in der Region. Sie spricht sich für die geplante Kapitalerhöhung für den Flughafen Münster-Osnabrück aus.

Herr Hild und Herr Kreft plädieren ebenfalls für die Planungen des Flughafens.

Herr Oertker weist auf die Unsicherheiten hin, die aus dem laufenden Gerichtsverfahren zur Planung der Startbahnverlängerung sowie den Planungen zur Errichtung eines Regionalflughafens in Twente, Niederlande, resultieren.

Herr Dr. Funke informiert, dass bei Verzögerungen im Bezug auf die Startbahnverlängerung auch die Kapitalerhöhung aufgeschoben werde. Außerdem sei der Ergebnisplan des Kreises durch diese Maßnahme nicht berührt.

**2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2010:**

"Streichung der Kapitalerhöhung Flughafen Münster Osnabrück"

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Frau Stakenkötter begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.11.2010. Sie betont, dass die gfw gute und wichtige Arbeit leiste. Allerdings soll der Zuschuss des Kreises an die gfw einmalig um 200.000 € gesenkt werden. Die Gesellschaft verfüge über ausreichend liquide Mittel, um ihre Arbeit ohne Einschränkungen fortsetzen zu können.

Herr Thiel erkundigt sich nach der Zweckbindung der Gewinnrücklage der gfw.

Herr Dr. Funke erläutert, dass die Gewinnrücklage aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung aus dem Jahr 2005 für Projekte zum Ausbau der technologieorientierten Infrastruktur, wie z.B. einem Hochschulkompetenzzentrum, zweckgebunden sei.

Herr Möllmann analysiert die Bilanz der gfw dahingehend, dass die Gesellschaft nicht ohne Rückgriff auf die Rücklagen liquide Mittel i.H.v. 200.000 € verbrauchen könne.

Frau Arnkens-Homann weist darauf hin, dass der Aufsichtsrat der gfw unter Beteiligung von Vertretern aller Kreistagsfraktionen bereits die Wirtschaftsplanung 2011 beschlossen habe.

Herr Wieland gibt zu bedenken, dass der Kreistag durchaus über die Bewilligung eines Zuschusses entscheiden könne und es dann eine innere Angelegenheit der gfw sei, wie sie ihre Finanzierung sicherstellt.

Herr Hild erklärt, dass die Wirtschaftsplanung auch im Einklang mit den kommunalen Gesellschaftern und den Sparkassen erfolgt sei.

Herr Schulte vertritt die Auffassung, dass Wirtschaftsförderung gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten sinnvoll sei.

Frau Stakenkötter nimmt den Antrag zurück, verbunden mit dem Appell an die Gremien der gfw, einen Konsolidierungsbeitrag zu Gunsten der Gesellschafter zu leisten.

### **3. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.11.2010:**

"Der Kreistag möge beschließen, den Zuschuss zur gfw im Jahr 2011 einmalig um 200.000 Euro zu senken"

**Der Antrag wurde zurückgenommen.**

Herr Oertker begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2010. Die Verfolgung der fälligen Forderungen des Kreises werde seit Jahren im Rechnungsprüfungsausschuss diskutiert. Er regt daher eine Optimierung des Forderungsmanagements an.

Herr Hild weist darauf hin, dass die Verwaltung nicht untätig gewesen sei und eine Optimierung des Forderungsmanagements bereits erfolge.

Herr Dr. Funke erläutert, dass bereits eine zentrale Vollstreckung in der Finanzbuchhaltung erfolge. Ziel sei es, auch die Verfahren bzgl. Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen von Forderungen zu zentralisieren.

Frau Stakenkötter empfiehlt, die Auswertungsqualität durch den Einsatz geeigneter Softwareprodukte zu verbessern.

Herr Oertker formuliert den Antrag neu:

### **4. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2010:**

Der Antrag erhielt in der Sitzung folgende Fassung:

"Die FWG beantragt zur Beschlussfassung in den zuständigen Gremien, das Verfahren zur Realisierung aller Forderungen zielgerichtet, zeitnah und wirkungsvoll weiter zu entwickeln und detailliert incl. der aktuell vorhandenen Rückstände im ersten Halbjahr 2011 vorzustellen."

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Frau Tarner führt drei Gründe für den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2010 auf Verlegung des Sitzungsbeginns des Kreistages und seiner Ausschüsse an: Einsparungen bei den Sitzungsgeldern, verbesserte Einbindung von Berufstätigen in die Gremienarbeit und erleichterte Teilnahme für Besucher der Sitzungen.

Herr Hild weist auf drohende Terminüberschneidungen bei Doppelmandaten hin.

Herr Dr. Funke erläutert, dass bei einer Verlegung der Sitzungstermine auf 17 Uhr nur ein Teil der Verdienstausfallentschädigung eingespart werden könne, da die Entschädigung bis 19 Uhr gezahlt werde. Die mögliche Einsparung läge bei ca. 11.000 € und damit bei ungefähr einem Viertel des im letzten Jahr gezahlten Betrages.

Frau Stakenkötter sieht sowohl Vor- als auch Nachteile einer Verlegung der Sitzungszeiten. Sie kündigt ihre Enthaltung bei der Abstimmung an.

Frau Arnkens-Homann berichtet, dass der Antrag innerhalb der SPD-Kreistagsfraktion kontrovers diskutiert wurde. Nach Abwägung aller Argumente spricht sie sich gegen den Antrag aus, da die Sitzungszeit ab 17 Uhr zu sehr mit anderen ehrenamtlichen Aktivitäten kollidiere.

#### **5. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2010:**

"Der Beginn der Sitzungen des Kreistages und seiner Fachausschüsse wird auf 17.00 Uhr festgelegt."

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Herr Dr. Funke weist auf Änderungen im Stellenplan hin. Zwei Stellen der Besoldungsgruppe A 8 wurden zu Stellen der Besoldungsgruppe A 9 und aus zwei A 13-Stellen wurden A 14-Stellen. Die Anlage zum Haushaltsplan wird entsprechend geändert. Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Kenntnis.

Herr Hild führt zu dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010 aus, dass auf die zahlenmäßige Zielsetzung, bis zum Jahr 2014 einschließlich mindestens 10 weitere Vollzeitstellen im Stellenplan einzusparen, verzichtet wird.

Herr Kreft erklärt, dass der Antrag nunmehr weitestgehend deckungsgleich mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (Gesamtantrag vom 19.11.2010, hier Nr. 3 "Maßnahmen zum Personalabbau") sei. Eine gesonderte Abstimmung des SPD-Antrages sei daher nicht mehr erforderlich.

#### **6. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.11.2010:**

"Die Verwaltung wird gebeten, dem Kreistag im Frühjahr des Jahres 2011 eine Personalbedarfsplanung 2011 – 2014 vorzulegen."

Auf die Zielsetzung bis zum Jahr 2014 einschließlich mindestens 10 weitere Vollzeitstellen im Stellenplan einzusparen, wurde in der Sitzung verzichtet.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Kreft begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2010 (Gesamtantrag, hier Nr. 2) auf Prüfung der Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes im Frühjahr 2011 damit, dass wichtige Daten zum Haushalt noch nicht genau feststehen, wie z.B. die Höhe der Schlüsselzuweisungen und der Landschaftsumlage.

Frau Tarner begrüßt den Antrag und regt an im Frühjahr 2011 auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die der Ansatzkalkulation im Produkt "Grundsicherung für Arbeitssuchende" zu Grunde liegen, zu überprüfen.

Frau Stakenkötter vertraut der Verwaltung, dass ohnehin regelmäßig geprüft werde, ob ein Nachtragshaushalt erforderlich wird.

Herr Hild, Herr Oertker und Herr Dr. Funke teilen diese Sichtweise.

**7. Gesamtantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2010, hier Nr. 2:**

"Der Kreishaushalt 2011 soll im Frühjahr 2011 nach Vorliegen aller haushaltsrelevanten Zahlen dahingehend überprüft werden, ob ein Nachtragshaushalt eingebracht und verabschiedet werden muss."

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung:**

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2011, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen

12.	<b>Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen</b>	<b>178/2010</b>
-----	--	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 08.10.2010 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2011 sowie die Stellungnahmen der Städte Beckum (vom 11.11.2010), Sendenhorst (vom 19.11.2010) und Drensteinfurt (vom 22.11.2010) gemäß § 55 Abs. 1 Satz 2 Kreisordnung NRW werden zur Kenntnis genommen.
3. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2011 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen

13.	<b>Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungs- dienst"</b>	<b>172/2010</b>
-----	---	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<b>14.</b>	<b>Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2009</b>	<b>176/2010</b>
------------	--	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mechtild Bürsmeier-Nauert  
Vorsitz

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer